



Stadtratsfraktion Pirmasens

DIE LINKE Stadtratsfraktion Am Immenborn 6 66954 Pirmasens

Am Immenborn 6
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/227214
Mail: info@linksfraktion-ps.de
Internet: www.linksfraktion-ps.de

Haushaltsrede 2012

Frank Eschrich, Vorsitzender Ratsfraktion DIE LINKE

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,
nach dem Paukenschlag vom Januar, wonach Peter Kaiser ein Viertel der Arbeitsplätze in Pirmasens abbauen und Teile der Produktion nach Portugal verlagern will, möchte ich zunächst aus meiner eigenen Haushaltsrede aus dem Jahr 2010 zitieren:

„Die wirtschaftliche Bedeutung der noch vorhandenen Reste der einstmaligen großen Schuhindustrie ist gering. Von der Schuhindustrie in Pirmasens und der Südwestpfalz gehen nachweislich keine wesentlichen Impulse für wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze aus. So zu tun, als sei Schuhkompetenz der Motor für Wachstum und Beschäftigung in der Region schlechthin, ist abenteuerlich. Die Entwicklung von Schuhkompetenz alleine bringt keine Schuhproduktion zurück. Denn Klima, Energie und Umwelt sind die Themen der kommenden 50 Jahre, nicht der Schuh.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

es macht keinen Spaß, Recht behalten zu haben. Macht Peter Kaiser mit dem Stellenabbau ernst, ist das letzte, gerne und häufig von den politisch Verantwortlichen zitierte, Aushängeschild der Pirmasenser Schuhindustrie dahin und das Image Schuhstadt endgültig zerstört. Die regierende Ratskoalition hat es auch in den vergangenen zwei Jahren versäumt, ein realistisches, modernes und innovatives Image für den Wirtschaftsstandort Pirmasens zu entwickeln. Dies hat sich bitter gerächt. Pirmasens bleibt Spitzenreiter der rheinlandpfälzischen Arbeitslosenstatistik. Die Kosten der Arbeitslosigkeit und damit die Schulden der Stadt Pirmasens steigen kontinuierlich.

Deshalb nochmals unser Appell: Bemerkten Sie endlich, dass das Pferd, auf dem Sie reiten, bereits tot ist und satteln Sie um! Pirmasens hat keine Chance, den wirtschaftlichen Niedergang, den galoppierenden Bevölkerungsschwund und die zunehmende Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten zu stoppen und

möglicherweise umzukehren, wenn aus den offensichtlichen Fakten keine Lehren gezogen werden.

Wir brauchen dringender denn je eine politische und wirtschaftliche Neuausrichtung der gesamten Stadtgesellschaft hin zu zukunftsfähigen Entwicklungen und innovativen Lösungen. Deshalb werde ich nicht müde zu betonen, dass die Zukunft von Pirmasens im Ausbau erneuerbarer Energien, der Klima- und Umweltschutztechnik und der Prägung als soziale und menschengerechte Wohnstadt liegt.

Doch dafür wurden und werden die Weichen nicht gestellt. Höchsten falls läuft man dem Trend um Jahre hinterher. Beispiel Stadtgalerie: Gerne und häufig wird dieses Projekt öffentlich als Sensation für Pirmasens und Neuentdeckung des Jahrhunderts dargestellt. Manche Zeitgenossen halten den Entwickler Koprian für einen Heilsbringer, der an den gebeutelten Pirmasenserinnen und Pirmasensern gar ein menschliches Interesse hätte. „Heiliger Koprian, geh Du voran“ lautete ein Leserbrief und von der Presse wurde Koprian schon mal in deutlicher Anlehnung an den biblischen Menschenfischer als „Menschenfänger“ bezeichnet. Gerne möchte Koprian auch „Wunder“ vollbringen bzw. wiederholen, z.B. das „Wunder von Neunkirchen“, dafür ließen sich viele Bürgerinnen und Bürger in der Festhalle sogar beschimpfen. Wie das Wunder von Neunkirchen aussieht, kann man in der verödeten Innenstadt dort hautnah erleben.

Und wie sieht's wirklich aus, ohne Verklärung und ohne Koprians markige Sprüche? Sehr schlicht. Die bundesweiten Entwicklerkartelle haben die lukrativen Absatzmärkte in den Großstädten und Ballungszentren abgegrast, jetzt sind die Kleinstädte und ländlichen Gebiete dran. In Deutschland sollen in den nächsten fünf Jahren über 100 neue Einkaufszentren eröffnen, 26 davon alleine im Jahr 2012. Rund zwei Millionen Quadratmeter neue Verkaufsfläche sollen dabei realisiert werden. In der Region und dem angrenzenden Saarland sollen in Kaiserslautern, Pirmasens und Homburg neue Einkaufszentren entstehen. In Saarbrücken, Neunkirchen, Trier, Ludwigshafen und Mannheim gibt es bereits rund 150.000 Quadratmeter Verkaufsfläche in solchen Zentren und in der direkten Nachbarschaft befindet sich mit den Style-Outlets ein riesiger Konsumtempel mit Flughafenanbindung, der bestens etabliert ist. Im elsässischen Roppenheim, knapp 100 Kilometer von Pirmasens entfernt, wird im April eine Outlezzentrum eröffnet, dessen Verkaufsfläche die von Zweibrücken noch bei weitem in den Schatten stellt. Diese enorme Aufrüstung an Verkaufsfläche im Radius von 200 Kilometern hat zur Folge, dass die Aussichten für einen wirtschaftlichen Betrieb der Stadtgalerie in Pirmasens sehr gering sind. Also keine Wunder und kein Heil für Pirmasens, denn dafür kommt die Stadtgalerie – wenn sie kommt – wie vieles andere um Jahre zu spät.

Beispiel Tourismus. Immer wieder gerne wird von verantwortlicher Seite betont, dass der Ausbau der touristischen Infrastruktur und die Nutzung der weitgehend intakten Natur im Raum Pirmasens als Erholungsgebiet und Tourismusziel einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellen könnte.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

dies sieht DIE LINKE genauso! Aber was passiert wirklich? Wir haben ein beschämendes Schauspiel um den Nationalpark in der Südwestpfalz erlebt. Der Dilettantismus der rot-grünen Landesregierung hat sich gepaart mit südwestpfälzischer Borniertheit und Hinterwäldlertum. Das Ergebnis: Die Südwestpfalz bekommt keinen Nationalpark, die Chancen, gleichzeitig einen wichtigen Beitrag für den Naturschutz und die Förderung des Tourismus auf den Weg zu bringen, wurde leichtfertig vertan. Ein Nationalpark mit der Stadt Pirmasens in direkter Nachbarschaft hätte selbstverständlich einen enormen Schub für die Stadt als Tourismusstandort gehabt.

Ich frage Sie Herr Oberbürgermeister, wo war Ihre Stimme in dieser Debatte? Warum haben Sie nicht das Wort für die Einrichtung eines Nationalparks in unserer nächsten Umgebung ergriffen? Warum haben Sie Ihrem Amtskollegen Duppre` nicht öffentlich widersprochen, als er Kraft souveräner Willkür selbstherrlich verkündete, in der Südwestpfalz wird es keinen Nationalpark geben?

Eine deutliche Positionierung der Stadt Pirmasens für einen Nationalpark hätte möglicherweise eine sinnstiftende Wirkung in dieser unterirdischen Debatte erzielt und obendrein kein Geld gekostet, wie die völlig sinnfreie Standortinitiative, mit der sich Pirmasens in der Südwestpfalz anbieten will.

Sehr geehrte Damen und Herren,

nicht nur Pirmasens, sondern alle kreisfreien Städte und viele Landkreise in Rheinland-Pfalz sind seit Jahren chronisch unterfinanziert. Ein Land, das seine Städte und Gemeinden dauerhaft verkommen lässt und versäumt, ihnen die erforderlichen nachhaltigen Existenz-, Funktions- und Entwicklungsbedingungen zu bieten, zerstört seine eigene Zukunftsperspektive.

Der Bund und auch das Land Rheinland-Pfalz haben durch permanente Übertragung neuer und zusätzlicher Aufgaben und die damit einhergehende ständige Missachtung des Konnexitätsprinzips die Handlungsunfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung entscheidend mit herbeigeführt. Dies muss endlich ein Ende haben, wenn die Basis unserer Demokratie nicht daran zerbrechen soll.

Das Urteil des rheinlandpfälzischen Verfassungsgerichtshofs zur kommunalen Finanzausstattung ist deshalb zu begrüßen. Nach Feststellung des Koblenzer Verfassungsgerichts muss das Land die Finanzausstattung der Landkreise, Städte und Gemeinden schon jetzt deutlich und effektiv verbessern, um seinem Verfassungsauftrag nachzukommen. So müssen beispielsweise zwingend die Schlüsselzuweisungen des Landes an die Kommunen an die in den letzten Jahren drastisch angestiegenen Sozialausgaben angepasst werden. Um Konjunkturunabhängigkeit des gemeindlichen Handlungs- und Aktivitätsbereichs zu garantieren, muss das Land jedoch zusätzlich über ein einheitliches Gemeindefinanzierungsgesetz verpflichtet werden, einen ausreichenden finanziellen und stetig wachsenden „Grundstock“ für alle Kommunen bereit zu stellen, der die notwendige Unabhängigkeit von konjunkturabhängigen kommunalen Steuereinnahmen garantiert.

DIE LINKE könnte dem Beitritt zum Entschuldungsfonds nur dann zustimmen, wenn die kommunale Daseinsvorsorge in öffentlich-rechtlicher Hand verbleibt, die Rekommunalisierung bereits privatisierter Unternehmen nicht behindert wird, Kürzungen bei freiwilligen Leistungen, im sozialen, ökologischen und kulturellen

Bereich ausgeschlossen sind und die Investitions- und Entscheidungsfähigkeit der Kommunen hinsichtlich des sozial-ökologischen Umbaus, des Bildungswesens, der kommunalen Infrastruktur sowie der menschengerechten Stadt- und Gemeindeentwicklung uneingeschränkt erhalten bliebe.

Darüber hinaus lehnen wir Lohn- und Gehaltskürzungen, sowie Einschränkungen der Sozialleistungen für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes ebenso strikt ab, wie Stellenabbaubestrebungen in der öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Dienstleistungsbereichen. Die öffentlichen Haushalte dürfen auf keinen Fall auf dem Rücken der Beschäftigten „saniert“ werden

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Teilnahme am Entschuldungsfonds würde für Pirmasens nur dann einen Sinn machen, wenn damit auf Dauer eine Reduzierung der Verschuldung erreicht werden könnte. Aber genau dies ist nicht der Fall. Schon die Begrifflichkeit „Entschuldung“ ist reine Augenwischerei, denn die Schulden der Stadt werden sich um keinen Cent verringern, sondern weiter dramatisch steigen. Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang die von der Stadtverwaltung verteilte Graphik der Liquiditätskredite bis 2026. Ohne Entschuldungsfonds werden es voraussichtlich 765 Millionen Euro, bei einer Teilnahme werden es im günstigsten Fall 615 Millionen Euro sein.

Dies bedeutet, dass sich der Anstieg der Verschuldung nur leicht abflachen würde und selbst dies nur unter der Voraussetzung, dass keine unvorhergesehen Neuaufnahmen von noch größeren Krediten notwendig werden und der kommunale Eigenanteil tatsächlich aufgebracht werden kann. Nach den Erfahrungen der Wirtschaftskrise von 2008 und der sich verschärfenden Euro-Krise unserer Tage lässt sich beides allerdings nicht einmal mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit ausschließen, sondern ist völlig offen.

DIE LINKE lehnt daher den Beitritt zum Entschuldungsfonds ab. Ausschlaggebende Gründe lieferte auch der Personalrat. Die Stadtverwaltung schiebt einen Berg von 40.000 Überstunden vor sich her. Mit dem Beitritt wird es zum Abbau von etwa 40 Stellen kommen, was die Überstundensituation noch verschärfen wird. Die durchschnittliche Arbeitszeit soll von 38,5 auf 39 Wochenstunden steigen. Zu befürchten ist, dass selbst die Pflichtaufgaben nicht mehr zu bewältigen sind und noch mehr Überstunden zur Regel werden. Zudem soll es weniger Ausbildungsplätze geben und weniger Auszubildende in eine Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Gravierend werden sich der Stellenabbau und die Einsparungen im Personalhaushalt auch auf die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auswirken, wenn Aufstiegsmöglichkeiten wegfallen.

Es erhebt sich zudem die Frage, ab welchem Schuldenstand die Kommunalaufsicht den städtischen Haushalt unter Zwangsverwaltung stellen und ob dieser Zustand nicht schon lange vor 2026 eintreten könnte. Wer diese Aussicht für theoretisch und unrealistisch hält, möge sich das Beispiel Bad Münster am Stein anschauen.

Es ist nicht einzusehen, dass auf Grund von wenig mehr als wagen Hoffnungen ein beträchtlicher Abbau von Arbeitsplätzen in der Verwaltung, Einschnitte bei der Daseinsvorsorge oder bei dringend notwendigen Investitionen oder Sanierungsmaßnahmen herhalten sollen, um letztlich politische Kosmetik am kommunalen Haushalt zu betreiben. Grotesk sind die Einsparmaßnahmen und die Herabstufung von sowieso schlecht bezahlten Hausmeisterstellen und anderen

Kleinigkeiten, die für die Haushaltslage der Stadt Pirmasens kaum messbare, für die Betroffenen aber umso größere Auswirkungen haben.

Ungeheuerlich, sehr geehrte Damen und Herren, ist allerdings die Schaffung von Einsparpotenzialen auf dem Rücken der Schülerinnen und Schuler in Pirmasens! Denn nichts anderes verbirgt sich hinter der über Nacht geborenen Idee, die Pirmasenser Schulen auf die Wanderschaft zu schicken!

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch Ihre Verschleierungstaktik, den Posten „Schulgebäudemanagement“ im Entschuldungsfonds nun kurz vor der Abstimmung noch schnell in den unverbindlichen Begriff „Gebäudemanagement“ umzutaufen, nutzt Ihnen wenig. Die Menschen wissen, was läuft, egal wie sie es benennen: Wer für den Entschuldungsfonds stimmt, stimmt für den Abriss des Hugo-Ball-Gebäudes! Stehen Sie wenigstens zu Ihren eigenen Vorschlägen und Argumenten und nennen Sie das Kind beim Namen – alles andere glaubt Ihnen sowieso kein Mensch und sie beschädigen damit das Ansehen des Rates.

Dass sich an Pirmasenser Schulen teilweise seit Jahrzehnten ein beträchtlicher Sanierungsstau aufgebaut hat, der inzwischen mehr als 150 Millionen Euro beträgt, ist nichts Neues. Damit konnte die Stadtverwaltung in den vergangenen Jahren sehr gut leben. Ein immer wieder geforderter aktualisierter Schulentwicklungsplan – im übrigen als Regionalplanung in Zusammenarbeit mit dem Landkreis gesetzlich vorgeschrieben – wird seit Jahren blockiert. Ein aktuell gehaltener Schulentwicklungsplan hätte schon vor Jahren offenbart, dass auf Grund sinkender Schülerzahlen und erheblichem Sanierungsstau an den Schulgebäuden eine grundlegende Neustrukturierung der städtischen Schullandschaft notwendig ist.

Nun aber – im Zuge des kommunalen Entschuldungsfonds – kommen die Gebäudeschäden gerade Recht, um Einsparpotenziale für den kommunalen Anteil zu generieren. Immerhin soll der Abriss des Hugo-Ball-Gymnasiums durch die Einsparung der Unterhaltungskosten von jährlich 500.000 Euro erheblich zum geforderten Eigenanteil von 3,3 Millionen Euro beitragen.

Nur dem Druck der vom Wanderzirkus betroffenen Schulen ist es zu verdanken, dass diese Haushaltssanierung auf Kosten der Schülerinnen und Schüler nun wenigstens öffentlich diskutiert wird. Und dabei verwickelt sich die Stadtspitze ständig in Widersprüche.

Angesprochen darauf, warum das Hugo-Ball aus einem Gebäude mit 20 Millionen Euro Sanierungsbedarf in ein Gebäude – die Kirchbergschule – mit 21 Millionen Euro Sanierungsbedarf umziehen soll und worin dabei die Logik besteht, wurde der Öffentlichkeit erklärt, dass diese Zahlen auf Grund von verlässlichen Durchschnittswerten ermittelt worden seien.

Die Kirchbergschule sei allerdings mit wesentlich weniger Geld für den Umzug herzurichten, während durch die losen Fassadenplatten am Hugo-Ball eine sogenannte Sanierungskette ausgelöst worden sei, die letztlich aus baulichen und energetischen Gesichtspunkten bei den ominösen Kosten von 20 Millionen Euro landen würde.

Nachdem offenbar durch die empörten Eltern inzwischen eine unabhängige Kostenschätzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Hugo-Ball mit deutlich niedrigeren Kosten vorgelegt wurde, waren die vorher als Totschlagsargument benutzten 20 Millionen Euro und die als schicksalhaft dargestellte „Sanierungskette“ plötzlich kein Thema mehr und die notwendigen Sanierungsmaßnahmen am Hugo-Ball verringerten sich über Nacht auf rund 10 Millionen Euro.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die widersprüchlichen Angaben aus eigenen Berechnungen, vermeintlichen Durchschnittswerten und Gegengutachten offenbaren vor allem eines: Traue keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast!

Die Glaubwürdigkeit der Stadtspitze und der regierenden Ratskoalition war allerdings schon nach der Ratssitzung im Dezember dahin. Während in der Öffentlichkeit noch Schülerproteste statt fanden und OB Matheis zur weiteren Diskussion und Einreichung von Alternativen durch die Schulen aufrief, stimmten seine Truppen im Rat schon mal ohne Debatte mit ihren vorgefertigten Zustimmungserklärungen den Umzugsplänen zu. Dies war umso peinlicher, als einige Räte wohl auf eine Zeitungssente hereingefallen waren, wonach der Wanderzirkus schon bei dieser Ratssitzung beschlossen werden sollte, es aber real gar keine Beschlussvorlage gab, der man hätte zustimmen können.

Damit hat man dem Ansehen des Stadtrates und der gesamten politischen Klasse in Pirmasens erneut einen Bärendienst erwiesen. Wenn der Haushalt 2012 und der Beitritt zum Entschuldungsfonds heute von der Ratsmehrheit durch gewunken sein werden, sind der Abriss des Hugo-Ball und der dadurch ausgelöste Schulwanderzirkus beschlossene Sache!

In diesem Zusammenhang beglückwünschen wir Herrn Finanzdezernent Schieler zur Einführung des Begriffs „alternativlos“ in die politische Debatte in Pirmasens. Er hat sich damit um die weitere Verbreitung des Unworts des Jahres 2010 verdient gemacht!

Wohl unbeabsichtigt hat er damit den Grundgedanken der gesamten Scheindebatte um den Schulumzug als solche offenbart, denn in den Köpfen der Stadtführung ist das Hugo-Ball schon längst platt gemacht.

Sehr geehrter Herr Schieler,

egal, was sie den Journalisten wirklich gesagt haben, DIE LINKE wird sich an den demokratischen und legitimen Grundsatz „erst planen und dann entscheiden“ halten und nicht umgekehrt, wie Sie es gerne hätten.

Letztlich geht es in der Schulstandortdebatte um nichts anderes als um den Beitritt zum Entschuldungsfonds. Pädagogische Aspekte und die alles entscheidende Frage, wie sich der Schulstandort Pirmasens für die Zukunft attraktiv aufstellen könnte, spielen keine Rolle. Es geht um Einsparungen auf dem Papier, um sonst nichts.

Sehr geehrte Stadtführung,

sagen Sie dies wenigstens offen und ohne weitere Verrenkungen und hören Sie auf, die Schulen und die Öffentlichkeit zum Narren zu halten!

Im Schulhaushalt finden sich weitere Besonderheiten bzw. Weglassungen, die dazu geeignet sind, die Seriosität des Zahlenwerkes zu bezweifeln. Beispiel Brandschutzmaßnahmen an der berufsbildenden Schule (BBS). Noch vor zwei Jahren stand in der öffentlichen Debatte die dringend notwendige Sanierung der BBS, insbesondere in Hinblick auf Brandschutzmaßnahmen, im Mittelpunkt. Seitdem herrscht das Schweigen im Walde. Schätzungen besagen, dass sich die notwendigen Brandschutzmaßnahmen an der BBS zwischen 3,5 und 5 Millionen Euro bewegen.

Ein Haushalt ist grundsätzlich dazu da, die zu erwartenden Einnahmen den zu erwartenden Ausgaben gegenüber zu stellen. Der Rat ist nicht darüber informiert, wie dringlich die festgestellten Brandschutzmängel an der BBS sind und ob und für welchen Zeitraum die Aufsichtsbehörde eine Beseitigung der Mängel festgesetzt hat. Jedenfalls wurden die Brandschutzmaßnahmen an der BBS nicht in den vorliegenden Haushalt aufgenommen, obwohl diese gesetzlichen Auflagen und unabweislichen Kosten ganz sicher nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben werden können.

Im Schulhaushalt wie im gesamten Haushalt wurden die Investitionen gegenüber dem Vorjahr etwa um die Hälfte gekürzt. Über die Budgets der einzelnen Ämter ist der Rasenmäher gefahren. Wie sich beispielsweise die Kürzungen im Winterdienst oder die kleinkarierten Einschränkungen bei der Stadtbegrünung auf das Bild der Stadt und die sowieso eingeschränkte Lebensqualität der hier lebenden Menschen auswirken wird, werden wir sehen. Was jedoch heute schon feststeht, ist, dass sich diese Einsparungen schon bei einer Nullkomma-Erhöhung der Schuldzinsen in Luft auflösen werden. Dass dies so sein wird, wird wohl niemand ernsthaft bestreiten wollen.

DIE LINKE stellt sich sinnvollen Einsparungen bei gleichzeitiger Stärkung der Einnahmeseite nicht in den Weg. Dies gilt zum Beispiel für den Verkauf von städtischen Gebäuden, die auf Grund sinkender Einwohnerzahlen für die Aufrechterhaltung der notwendigen Infrastruktur nicht mehr benötigt werden oder bereits heute leer stehen.

Dies gilt ausdrücklich nicht für die vom Wanderzirkus betroffenen Schulen! Denn Schulen sind mehr als nur Gebäude, sie sind im besten Sinne Zukunftsstandorte, die Pirmasens dringender als alles andere benötigt. Es kann bei sachgemäßer Beurteilung dieser Standorte eben nicht darum gehen, welche Anzahl von Schülerinnen und Schülern gerade wo reinpasst, damit Klassensäle ausgelastet sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stärkung der Einnahmen durch eine maßvolle Erhöhung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B wird von der LINKEN ausdrücklich begrüßt. Sie leisten damit

einen sinnvollen und vor allem sozial verträglichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung. Selbst die Erhöhung der Ausleihgebühr bei der Stadtbücherei wäre in Anbetracht der realen Summe noch irgendwie vertretbar. Dafür haben Sie bei der Hundesteuer allerdings umso kräftiger zugelangt! Sie treffen damit gerade in Pirmasens die sozial Schwächsten am härtesten und ich sage Ihnen voraus, dass die städtischen Einnahmen aus der Hundesteuer dadurch nicht steigen, sondern sinken werden

Wie üblich stellen die Sozialausgaben als Pflichtaufgabe der Kommune den größten Brocken und führen trotz Entschuldungsfonds auf absehbare Zeit in die Schuldenfalle aus der es kein Entrinnen mehr gibt. Die allseits gefeierte Reduzierung der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Kosten trifft nirgends und schon gar nicht für Pirmasens zu. Die sinkende Arbeitslosenquote ist insbesondere statistischen Tricks geschuldet. Ältere Arbeitslose, Kranke und Menschen, die in Qualifizierungsmaßnahmen, Ein-Euro-Jobs, Bürgerarbeit oder sonst wo geparkt werden, haben zwar alle keine reguläre Beschäftigung, gelten aber nicht als arbeitslos. Arbeitsplätze entstehen, wenn überhaupt, in prekären Beschäftigungsverhältnissen in der Leih- und Zeitarbeitsbranche. Die Zahl der Betroffenen, die trotz 40 Stunden-Woche Sozialleistungen erhalten, steigt kontinuierlich. Dies wird zu einer nie gekannten und verheerenden Altersarmut und explodierenden Sozialausgaben der Kommunen führen, zu denen die heutigen Kosten vergleichsweise harmlos ausfallen. Diese Zeitbombe tickt und die Uhr tickt besonders schnell in Pirmasens. Die jüngsten Statistiken des Jobcenters Pirmasens belegen diesen Trend eindeutig. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist mit knapp 3000 nahezu gleich geblieben. Hinter der Statistik sind rund 6000 Menschen verborgen, die am Rande des Existenzminimums seit Jahren, teilweise seit Jahrzehnten, perspektivlos mehr schlecht als recht ihr Leben fristen, darunter rund 1600 Kinder, erneut und seit vielen Jahren die landesweit höchste Kinderarmut.

Kinderarmut ist ein seit Jahren anhaltender und ungeheuerlicher politischer Skandal!

Diese Kinder haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen keine Chance, jemals ein selbstbestimmtes Leben führen zu können, denn Chancen- und Bildungsgerechtigkeit ist mehr denn je zu einer Frage des Geldbeutels ihrer Eltern geworden. Durch die Arbeitslosigkeit der Eltern schließt sich dieser Kreis zur Ausweglosigkeit.

In Pirmasens wird Armut sozial vererbt. Gegen diesen Teufelskreis unternimmt die Stadt Pirmasens seit Jahren nichts und auch der vorliegende Haushalt enthält keinerlei Ansatzpunkte, diese Misere zu mildern.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Eröffnungsbilanz 2009 ist die Grundlage für alle zukünftigen Haushalte dieser Stadt. Grundsätzlich kommt die Eröffnungsbilanz um zwei Jahre zu spät und hätte nach dem geltenden Haushaltsgesetz zum 30.11.2009 vorliegen müssen.

Im Bericht der Rechnungsprüfung wird moniert, dass in allen Fachämtern die Dokumentation von Vermögenswerten und Entscheidungsgrundlagen nur sehr lückenhaft zu bekommen war. Teilweise wurde diese Dokumentation nachträglich

angefordert und erstellt, vor allem wenn es sich um Vermögenswerte handelte, die seit Jahrzehnten vorhanden sind.

Wie hat man sich eine nachträgliche Dokumentation von Vermögenswerten eigentlich vorzustellen? Wie belastbar und authentisch sind solche Dokumente und spiegeln sie die tatsächlichen Werte und Bedingungen wider, wie sie kaufmännisch zu bewerten sind? Darüber schweigt sich der Prüfbericht aus.

Ein weiteres Beispiel sind die sogenannten immateriellen Werte, die in das Vermögen der Stadt eingegangen sind. Im engeren Sinne sind immaterielle Werte konkret erfassbare Rechte und Werte, wie Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Patente, Urheberrechte, Nutzungsrechte, Lizenzen oder Software.

Inwieweit die geistigen Leistungen eines Pirmasenser Ingenieurbüros für die Planung und Konzeption des Projektes Dynamikum zu den oben aufgeführten Rechten und Werten gehören, ist nicht nachvollziehbar. Eine grundlegende Eigenschaft von immateriellen Werten ist ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit, ein zu erwartender wirtschaftlicher Nutzen und die Kontrolle des Bilanzierenden über diese Werte.

Unbestritten stellen auch geistige Leistungen einen Wert dar. Aber wie wäre dieser Wert verwertbar, wenn das Gebäude, in dem sich dieser Wert manifestiert, der Stadt überhaupt nicht gehört?

Gemäß § 38 (2) der Gemeindehaushaltsverordnung können Zuwendungen bilanziert werden, wenn der Zuschussempfänger gegenüber der Stadt eine mehrjährige zweckgebundene Verwendung der Zuschüsse garantiert.

Die Zuwendungen in Höhe von rund 9 Millionen Euro an Kirchen und Vereine sind laut Prüfbericht für 25 Jahre zweckgebunden. Der Bericht kommt zum Ergebnis, dass geleistete Zuwendungen nicht vollständig erfasst worden sind und verschiedene Zuwendungsbeträge nicht den tatsächlichen Zahlungen entsprochen haben.

Dazu wie zu vielen anderen Feststellungen des Prüfungsberichtes wurden nachträglich Berichtigungen durch die jeweiligen Fachämter durchgeführt.

Aber was wurde eigentlich berichtet? Wurden die Höhe der Auszahlung nachträglich an die Beschlusslage angepasst oder umgekehrt? Handelte es sich um einfache Buchungsfehler oder wurden Zuwendungen tatsächlich höher oder niedriger wie vorgesehen zur Auszahlung gebracht? Darüber schweigt sich der Prüfbericht aus.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dies sind nur einige Ungereimtheiten der Eröffnungsbilanz. Insbesondere das gesamte Infrastrukturvermögen aus Gebäuden und Straßen war und ist nur schwer zu bewerten. Offenbar fehlten dafür auch die notwendigen Unterlagen, waren Daten nicht erfasst oder unvollständig. Auch in Anbetracht der Tatsache, dass zwischen der Bewertung des Infrastrukturvermögens heute und der Anschaffung von Straßen und Gebäuden teilweise Jahrzehnte liegen, kann das Fehlen von verlässlichen Zahlen und Fakten nicht grenzenlos akzeptiert werden und führt bei der Bewertung des Vermögens zum Stochern im Nebel. Dabei gibt das Haushaltsgesetz und die Gemeindehaushaltsverordnung schon vieles an Mittelwerten, Schätzmöglichkeiten und großzügigen Bewertungsrichtlinien her. Wenn dazu aber fast durchgängig noch

großzügigere städtische Abweichungen von diesen Richtlinien zur Regel werden, schadet dies der Seriosität des Zahlenwerkes. Die Rechnungsprüfung stellt z.B. beim Bilanzposten Straßen – immerhin ein Wert von 102 Millionen Euro – fest, dass in Abweichung zur Bewertungsrichtlinie für alle Straßen ohne Berücksichtigung der Straßenkategorie nur ein Mittelwert gebildet wurde, auf dessen Grundlage sämtliche Straßen bewertet wurden. Diese Ungenauigkeiten und Verallgemeinerungen nähren die Zweifel, ob die Eröffnungsbilanz 2009 die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Stadt widerspiegelt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

zum Haushalt 2012 und zu den darin dokumentierten politischen Fehlentscheidungen und Versäumnissen wäre noch viel zu sagen. Lassen wir es für heute gut sein.

Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnt den Haushalt 2012 und den Beitritt zum Entschuldungsfonds ab.

Frank Eschrich, Vorsitzender Ratsfraktion DIE LINKE